
Existenzgründung

Widersprüchliche Signale

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat die angekündigte Offensive „pro mittelstand“ nun mit konkreten Maßnahmen gestartet. Ab sofort können Existenzgründer bis zu einem jährlichen Umsatz von 17 500 Euro den steuerpflichtigen Gewinn durch Anwendung einer Betriebsausgaben-Pauschale von 50% des Umsatzes ermitteln; ab 2004 soll diese Regelung - vorbehaltlich der dazu notwendigen Zustimmung von seiten der EU - bis zu einem Umsatz von 35 000 Euro ausgeweitet werden. Der - neben der befristeten Freistellung von den Beiträgen zur Kammer - dritte Bestandteil des Startpaketes enthält wiederum nur eine abstrakte Absichtserklärung: Aus der Handwerksordnung sollen Regelungen eliminiert werden, die den Aufbau von Existenzen behindern. Es geht hier ganz konkret um die Frage, ob für die Ausübung eines Handwerks weiterhin die durch die Meisterprüfung nachgewiesene Befähigung zur Lehrlingsausbildung Voraussetzung sein soll oder ob dann, wenn keine Ausbildung angestrebt wird, die durch die Gesellenprüfung nachgewiesene fachliche Befähigung ausreichen soll.

Der zaghafte und unentschlossene Start der Mittelstandsoffensive steht im Kontrast zur Mindeststeuer für Unternehmen, die von der Bundesregierung geplant ist. Existenzgründer, die in der Anlaufphase Verluste in Kauf nehmen, dürfen sie nach dem Regierungsentwurf nur begrenzt mit künftigen Gewinnen verrechnen. Und wer bislang darauf setzen konnte, im Falle eines Scheiterns seine Idee an ein anderes Unternehmen verkaufen zu können, muß umdenken, denn nach dem Regierungsentwurf kann ein potentieller Erwerber die Verluste der erworbenen Tochter ebenfalls nur noch begrenzt mit Gewinnen anderer Töchter verrechnen. Es ist zu hoffen, daß die Koalition aus der massiven Kritik an diesem Tatbestand im Finanzausschuß des Bundestages Lehren zieht. hä

Inflation

Ein Jahr Euro

Vor einem Jahr wurde der Euro auch als Bargeld eingeführt. Obwohl der Anstieg der Verbraucherpreise insgesamt in Deutschland im vergangenen Jahr mit 1,3% gering war, empfand dies ein Großteil der Bevölkerung anders und sah den Euro als Teuro. In der Tat gingen mit der Neuauszeichnung der Preise in

Euro bei einigen Gütern teilweise kräftige Preiserhöhungen einher, insbesondere bei Gütern des täglichen Bedarfs und bei Dienstleistungen. Da diese zumeist in bar bezahlt werden, fühlten die Verbraucher Preisanhebungen hier unmittelbar. Viele, an den gesamten Haushaltsausgaben anteilmäßig gewichtigere Preise, wie auch Mieten, wurden jedoch exakt mit dem Euro-Kurs umgestellt und blieben unverändert, bei einigen Gebrauchsgütern kam es sogar zu Preissenkungen. Solche Ausgaben werden jedoch überwiegend vom Konto abgebucht und die Preisstabilität hier nicht so wahrgenommen. Das dürfte die Diskrepanz zwischen „gefühltem“ und amtlich gemessenem Preisanstieg erklären.

Die von der Euro-Umstellung ausgegangenen Teuerungsanstöße dürften aber nun weitgehend ausgelaufen sein; teilweise sind sogar Preiskorrekturen zu beobachten. Gefühlte und gemessene Inflation dürften sich damit wieder annähern. Und die weiteren Preisperspektiven sind – sieht man einmal von den Unsicherheiten infolge der Irak-Spannungen auf den Ölpreis ab – recht günstig.

Im übrigen Euroraum gab es ähnliche Probleme und die Inflationsrate war im vergangenen Jahr mit 2,2% nicht nur höher als in Deutschland, sondern sie lag auch über der Stabilitätsschwelle der EZB. Aber auch hier zeichnen sich Stabilisierungstendenzen ab, so daß in diesem Jahr eine Rate von unter 2% erwartet wird. Und auch im Außenverhältnis hat sich der Wert des Euro wieder gefestigt; gegenüber dem Dollar ist er nun wieder deutlich über die Parität gestiegen. jh

Dosenpfand

Höhere ökonomische Kosten

Die Einführung des Pflichtpfands auf Getränkedosen und andere Einweg-Getränkeverpackungen zu Jahresbeginn hat zu Verunsicherungen bei den Verbrauchern geführt. So waren viele Konsumenten offenbar überrascht, dass neben Bierdosen auch Erfrischungsgetränke und Mineralwasser vom Pfandzuschlag betroffen sind. Die Verunsicherung rührt auch daher, dass das Rücknahmesystem bisher nicht einheitlich geregelt ist. Einige Geschäfte geben Pfandmarken aus, andere Bons, wieder andere quittieren das Pfand auf dem Kassenbon. Zumeist kann das Leergut nur in den Geschäften zurückgegeben werden, in denen die Getränke gekauft wurden. Dem Getränkehandel kann man nicht die Schuld am Chaos anlasten: Man durfte nicht erwarten, dass der Handel Milliardenbeträge in ein Pfandsystem investieren würde, noch bevor endgültige Gewissheit über dessen Einführung bestand.

Umweltpolitisch macht die Pfand Einführung wenig Sinn. Die Verwertungsquoten von Aluminiumdosen waren im Dualen System auch ohne Zwangspfand sehr hoch; sie dürften durch das Zwangspfand kaum steigen. Zudem wird von Umweltexperten stark bezweifelt, dass ein Mehrwegsystem für Dosen und Plastikflaschen überhaupt eine bessere Ökobilanz als ein Einwegsystem aufweist. Bei geringen ökologischen Wirkungen führt das Zwangspfand jedoch zu zusätzlichen Kosten für die Volkswirtschaft: So ist die Einführung eines flächendeckenden Rücknahmesystems sehr teuer. Ferner wird das Duale System Umsatzeinbußen zwischen 15% und 20% hinnehmen müssen; dies wirkt kostentreibend für den Grünen Punkt. Darüber hinaus geraten die Hersteller von Einwegverpackungen – zumindest kurzfristig – in Schwierigkeiten, da große Handelsketten wie Aldi und Lidl Getränkedosen „ausgelistet“ haben. Dies alles führt zu höheren Preisen für Getränke. Die Zeche zahlt letztendlich der Verbraucher.

ke

Gesetzliche Krankenversicherung

Beitrags erhöhungen durch Rabatte

Um die Kosten im Gesundheitswesen zu senken, werden derzeit die unterschiedlichsten Modelle der Eigenbeteiligung in der gesetzlichen Krankenversicherung diskutiert. So wurde der Technikerkrankenkasse TKK gestattet, einen Tarif mit einer festen Beitragsrück erstattung und Zuzahlungen auszuprobieren. Solche Selbstbeteiligungssysteme gehen von der versicherungswirtschaftlichen Idee aus, dass der Versicherte Leistungen, die nichts „extra“ kosten, stärker in Anspruch nimmt. Dieses Moral-Hazard-Verhalten führt demnach in der Krankenversicherung dazu, dass beispielsweise Arztpraxen häufiger als erforderlich aufgesucht werden.

Bei Modellen mit Beitragsrabatt wird davon ausgegangen, dass die Ausgaben der Versicherung für medizinische Leistungen mindestens um den Betrag der Rück erstattung zurückgehen. Dann steht sich die Versicherung zumindest nicht schlechter als zuvor. Werden die Rück erstattungen aber vor allem an Versicherte ausgezahlt, die ohnehin keine Leistungen in Anspruch genommen hätten, sinken die zur Verfügung stehenden Finanzmittel der Kasse und die Ausgaben verändern sich nicht: Die Versicherung muss ihre Beiträge anheben. Modellversuche haben gezeigt, dass vor allem dies der Fall ist. Beabsichtigt die TKK hingegen, gut verdienende gesunde Versicherte von anderen Kassen abzuwerben, werden die übrigen

Kassen mit einer ungünstigeren Versichertenstruktur belastet. Deren Versicherte müssen dann letztlich durch Beitragserhöhungen die Rück erstattungen der TKK aufbringen. Geht man - wie es die Modellversuche nahelegen - davon aus, dass Eigenbeteiligungen kaum Lenkungswirkungen haben, hat aber jede Form der Beitragsrück erstattung eine allgemeine Beitragserhöhung in der gesetzlichen Krankenversicherung zur Folge, wenn die Leistungen nicht gekürzt werden. er

USA

Neues Konjunkturprogramm

Angesichts der nach wie vor labilen Lage insbesondere am amerikanischen Arbeitsmarkt hat Präsident Bush dem Kongreß ein zweites Maßnahmenpaket zur Stimulierung von Konjunktur und Wachstum vorgelegt. Es sieht unter anderem ein Vorziehen der vor zwei Jahren beschlossenen zweiten und dritten Stufe der Einkommensteuerreform, die Abschaffung der Steuer auf Dividenden (für Einzelpersonen) sowie die Verlängerung der bundesstaatlichen Arbeitslosenunterstützung vor.

Das Paket hat – gerechnet für zehn Jahre – ein Volumen von rund 670 Mrd. \$. Aber nur gut ein Zehntel davon (etwa 0,7% des BIP) wird schon in diesem Jahr, wohl frühestens nach der Jahresmitte greifen, und dies mit nur zum Teil direkt nachfragegestützter Wirkung. Zwar sind Ankündigungseffekte, die schon kurzfristig insbesondere die Konsumneigung stabilisieren, durchaus vorstellbar. Ganz überwiegend zielen die Maßnahmen aber weit über die kurze Frist hinaus, wenn die Konjunktur auch nach Einschätzung der Regierung im Zuge der kräftigen geldpolitischen Impulse ohnehin gefestigter sein dürfte, und überdies implizieren sie eine erhebliche, problematische Ausweitung der Budgetdefizite.

Insgesamt scheint für Präsident Bush eine polit-ökonomische Überlegung mindestens ebenso wichtig zu sein wie die Belange der Wirtschaft: Nach Einschätzung der meisten Analysten hatte Bush Sr. seine Wiederwahl 1992 verspielt, weil er den wirtschaftlichen Ängsten der Wähler im noch schwächelnden Aufschwung nicht genug Beachtung geschenkt hatte. Zwar muß sich Bush Jr. erst Ende 2004 wieder zur Wahl stellen; den Eindruck eines passiven, nicht mitfühlenden Präsidenten möchte er aber in dieser, in vielerlei Hinsicht dem Herbst 1992 nicht unähnlichen Stimmungslage offensichtlich gar nicht erst aufkommen lassen.

cb